

Landtagspolitikerin fordert Riesa zu einer Entschuldigung auf

Von Britta Veltzke

Riesa. Als einen „beispiellosen Vorgang“ bezeichnet die grüne Landtagsabgeordnete Katja Maier, dass die Stadtverwaltung den Riesaer Unternehmer Jan Niederleig wegen Urkundenfälschung angezeigt hat. Wie inzwischen bekannt wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen im Zusammenhang mit Einwendungen zum Riesaer Flächennutzungsplan eingestellt. „Ich freue mich, dass der Vorwurf vom Tisch ist. Doch ich bin nicht bereit, so zu tun, als wäre nichts passiert. Ich erwarte eine Entschuldigung der Verwaltung bei dem betroffenen Bürger.“ Die Aussage eines von der Polizei vorgeladenen Zeugen, der sich gegenüber der SZ geäußert hatte, spreche für sie Bände. „Ich befürchte, dass er und andere sich künftig zweimal überlegen, ob sie ihr Bürgerrecht auf Teilhabe an öffentlichen Verfahren wahrnehmen. Das ist eine vordemokratische Situation.“ Wenn es im Riesaer Rathaus berechtigte Zweifel am Zustandekommen der Einwendungen gegeben habe, wäre es das Einfachste gewesen, den Einreicher in einem Gespräch zu befragen. „Wenn dies die Zweifel nicht ausgeräumt hätte, kann natürlich eine Anzeige ein zweiter Schritt sein“, so Meier. Riasas Baubürgermeister Tilo Linder kann Meiers Forderung nach einer Entschuldigung nicht nachvollziehen: „Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben bestätigt, dass bei der Stadtverwaltung ein nachträglich gefertigtes Schriftstück eingereicht wurde. Strafbar war die Handlung allein deshalb nicht, weil die Unterzeichner die vorgelegte Begründung dennoch mittragen.“ Bei dem Anfangsverdacht wäre es schlicht falsch gewesen, zunächst selbst zu ermitteln und damit die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu gefährden. Befremdlich erscheine Lindner zudem Meiers Einschätzung, „vordemokratisch“ gehandelt zu haben. „Es ist ureigenste Aufgabe der Staatsanwaltschaft solche Sachverhalte aufzuklären.“

Sächsische Zeitung
Freitag, 16.03.2018

Verfahren wegen Urkundenfälschung eingestellt

**Die Stadt Riesa hatte den Unternehmer Jan Niederleig aus
Gröba angezeigt. Er sieht dahinter eine Taktik, um Kritiker
zum Schweigen zu bringen.**

Von Britta Veltzke

Riesa. Die Staatsanwaltschaft hat die [Ermittlungen wegen Urkundenfälschung](#) gegen den Unternehmer Jan Niederleig eingestellt. Das geht aus einem Schreiben an den Beschuldigten hervor, das der SZ vorliegt. Die Stadt Riesa hatte gegen den Gröbaer Anzeige wegen Unregelmäßigkeiten bei seinen Einwendungen gegen den Flächennutzungsplan erstattet. In der Folge waren Unterstützer Niederleigs von der Polizei als Zeugen vorgeladen worden.

Jan Niederleig zeigt sich von der Riesaer Verwaltung enttäuscht: „Ich sehe den Vorgang als persönlichen Angriff gegen meine Person und gegen die Bürgerrechte an. Mit juristischen Mitteln

sollen Einwender zum Schweigen gebracht werden.“ Es sei eine Schande, wenn sich Bürger nicht mehr an öffentlichen Verfahren beteiligen würden.

Die Stadt arbeitet aktuell an einem Flächennutzungsplan, der Auskunft darüber gibt, welche Flächen wie genutzt werden können. „Ich wünsche mir, dass nun endlich ein Entwurf vorgelegt wird, der den tatsächlichen Ist-Zustand der einzelnen Flächen widerspiegelt und einzelne Bürger nicht benachteiligt werden.“ Dann erübrigten sich künftig seitenlange Einwendungsschreiben und Unterschriftensammlungen von Anwohnern. Niederleig, der zwischen Stahlwerk und Hafen lebt, gilt mit seiner Bürgerinitiative Lebenswerte Umwelt als einer der größten Kritiker der beiden Unternehmen.

Sächsische Zeitung
Mittwoch, 14.03.2018

Urkundenfälschung im Planverfahren?

Die Stadt hat einen Gröbaer angezeigt. Aus ihrer Sicht gibt es Widersprüche bei einer Unterschriftensammlung.

Von Britta Veltzke

Riesa. Die Stadt Riesa hat nach SZ-Informationen den Gröbaer Jan Niederleig angezeigt. Der Unternehmer, der an der Paul-Greifzu-Straße lebt und arbeitet, ist der Verwaltung als einer der größten Widersacher der Stahlwerk- und der Hafenerweiterung bekannt. Jetzt ermittelt die Polizei wegen einer möglichen Urkundenfälschung. Niederleig hatte im vergangenen Jahr Einwendungen gegen den Flächennutzungsplan ans Rathaus geschickt, an dem die Stadt derzeit arbeitet.

Dem Plan ist zum Beispiel zu entnehmen, ob eine Fläche als Gewerbe- oder als Wohngebiet ausgewiesen ist, und ob dort besondere Einschränkungen gelten. Der Einwendung angefügt waren rund 20 Unterschriften von Unterstützern Niederleigs. Bei genauerem Hinsehen war man im Rathaus offenbar skeptisch geworden. Stadtsprecher Uwe Päsler: „Es geht darum, dass im Rahmen des Verwaltungsverfahrens ein Text übersandt wurde, der den Eindruck erwecken soll, von mehreren Personen unterzeichnet worden zu sein. Da jedoch in diesem Text auf Dokumente verwiesen wird, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung noch gar nicht existierten, liegt der Verdacht einer Urkundenfälschung nahe. Dies wurde pflichtgemäß zur Anzeige gebracht.“

Die Stadt habe keinerlei Vorbehalte gegen die Unterzeichner der Liste. Aus Sicht der Stadtverwaltung sei jedoch nicht auszuschließen, „dass den Unterzeichnern etwas untergeschoben wurde und sie somit Opfer einer Straftat wurden“. Es bestehe lediglich ein Anfangsverdacht. Herr des Verfahrens sei die Staatsanwaltschaft, erklärt der Stadtsprecher.

Jan Niederleig hat die Einwendungen gegen den Flächennutzungsplan nach eigenen Aussagen zwar initiiert, die Unterschriften habe jedoch ein anderes Mitglied der Bürgerinitiative „Für Lebenswerte Umwelt“ gesammelt. Von der Anzeige gegen ihn habe er nur über Unterstützer seiner Einwendung erfahren. Wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens will er sich nicht weiter zu den Vorwürfen äußern. – Jan Niederleig weiß von mindestens vier Personen, die von der Polizei als Zeugen vorgeladen wurden. Einer von ihnen hat Anfang Februar ausgesagt. Seinen Namen will er nicht in der Zeitung lesen. Äußern möchte er sich gegenüber der SZ aber trotzdem: „Man wird hier von der Kripo vorgeladen, weil man sein Bürgerrecht wahrgenommen hat. So was macht man nur einmal mit. Mich erinnert das an Methoden aus DDR-Zeiten.“

Fall auch Thema in Dresden

Der Zeuge fühlt sich vorgeführt. „Wir sind nicht die notorischen Verweigerer. Wir brauchen die Industrie, aber es muss nach Recht und Gesetz gehen. Wir wollen doch hier einfach nur gesund leben.“ Bei der Polizei habe er seinen Ausweis und seine Unterschrift auf der Liste gezeigt. „Ich dachte, damit sei das beendet, aber dann sollte ich noch Fragen zum Flächennutzungsplan beantworten.“ Offenbar, weil die Behörden tatsächlich bezweifeln, dass der Mann wusste, wofür er genau unterschreibt. – Auch in Dresden beschäftigt man sich mit dem Fall. Die Grünen-Abgeordnete Katja Meier hat eine Kleine Anfrage gestellt, die die Staatsregierung bis Ende März beantworten muss. Darin fragt sie, warum das Ermittlungsverfahren aufgenommen wurde und wie viele Zeugen gehört wurden. „Natürlich muss die Polizei vorliegenden Vorwürfen nachgehen. Aber: Es wäre ungeheuerlich, wenn der Eindruck entstehen würde, dass Menschen die Unterschriften leisten oder Unterschriftssammlungen initiieren, befürchten müssen, von der Polizei vorgeladen zu werden.“

Inhaltlich geht es Niederleig unter anderem um die ehemalige Radrennbahn zwischen Stahlwerk und Paul-Greifzu-Straße. Der Stahlwerkbetreiber Feralpi plant dort einen neuen Mitarbeiterparkplatz. Niederleig möchte, dass die Fläche im Nutzungsplan der Stadt als sogenanntes eingeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen wird, in dem etwa strengere Regeln in Sachen Lärmschutz gelten.